Nummer 69 — Halle, Sonntag, den 14. März 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 3.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Ge. Bankkonto Zeitzer Straße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Im Reichstag ist jetzt der Gesetzentwurf über einen Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft eingegangen. In den Ausschuß, der innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Gesetzes von der Reichsregierung berufen wird, sollen [illegible] **Vorschlag von Reichstag, Reichswirtschaft** [illegible] **nach freiem Ermessen der Reichsregierung** [illegible] **glieder berufen werden, weitere 2** [illegible] **Vorschlag des Reichsrats.**

*

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist mit der deutschen Delegation zur Arbeitszeitkonferenz in London eingetroffen.

*

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht: Bei Lösung der Aufwertungsfrage wurde im Reichstagsausschuß von der Reichsregierung in Aussicht gestellt, daß im Einvernehmen mit den führenden Pfandbriefbanken eine Regelung geschaffen werden sollte, durch die ein geordneter Verkauf der bis 1. Januar 1932 gestundeten Hypotheken sichergestellt wurde. Die Regelung ist noch nicht erfolgt. Die Mobilisierung der Hypotheken stößt bei dem bestehenden Mangel an flüssigen Mitteln auf große Schwierigkeiten. Dagegen erwirbt jetzt nach zuverlässigen Mitteilungen das ausländische Kapital derartige Hypotheken in großem Umfange zu Bedingungen, die für die deutschen Gläubiger sehr ungünstig sind. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen Mißständen entgegenzutreten?

*

Der Reichskohlenrat hält am 18. d. Mts. eine öffentliche Sitzung im Vereinshaus deutscher Ingenieure ab, in der die derzeitige Kohlenlage zur Sprache kommt.

*

Wie mir erfahren, rechnet man im Reichsrat mit keiner Mehrheit für den Beschluß des Reichstagsausschusses, die Weinsteuer aufzuheben.

*

Nach einer Meldung aus dem besetzten Gebiet sind für die bevorstehenden Frühjahrsmanöver der alliierten Truppen im Rheinland in einigen 120 Ortschaften Quartiere angefordert. Dem Pariser „Journal" zufolge handelt es sich bei den diesjährigen Manövern um die größten Truppenübungen der Besatzungsarmee. Bis 1. März hatten übrigens 13.800 Mann französische Truppen die französische Zone verlassen, es sind durchweg Truppen der geräumten ersten Zone.

*

Ein Berliner Blatt will erfahren haben, daß infolge der hinter dem Vorjahre erheblich zurückbleibenden Zahl der Reisenden vom 15. April ab mit einer Einschränkung des Personenzugverkehrs zu rechnen sein dürfte. Auf Grund von statistischen Feststellungen sollen die unrentablen Strecken bestimmt werden, auf denen eine Verminderung der Zugfolge eintreten soll.

Die Reichsbahnhauptverwaltung hat beschlossen, die Schnellzugszuschläge zu verdoppeln, für Eil- und beschleunigte Personenzüge aber gleichfalls Zuschläge einzuführen. Vorbehaltlich der Zustimmung durch das Reich soll die neue Tariferhöhung bereits 1. Mai in Kraft treten.

*

Gegen die Lohnabbaumaßnahmen verschiedener Industrien haben die Gewerkschaften die Intervention des Reichsarbeitsministers angerufen. Es wird unter anderem gefordert, daß Industrien, die mit Lohnabbau gegen ihre Belegschaften vorgehen, keinerlei Staatsaufträge erhalten sollen.

*

„Daily Mail" meldet aus Dublin: Die Massenverhaftungen der letzten Woche in Dublin haben das Bestehen einer revolutionären Bewegung in Irland gegen die Zugehörigkeit zum britischen Gesamtreich festgestellt. Die „Times" melden, die Verhaftungen in irischen Kreisen seien auf ausgesprochenen Hochverrat zurückzuführen. Die kommunistisch-nationalistische Agitation werde zu einer Bedrohung Englands.

*

Nach einer Meldung aus London hat sich die Tagung der englischen Banken für eine vermehrte Kreditbeteiligung an dem deutschen Wiederaufbau entschieden. Die Londoner „Times" und die „Westminster Gazette" schreiben dazu, daß das laufende Jahr das Entscheidungsjahr sein werde, ob die Donnesvorpflichtungen von Deutschland weitergeleistet werden können. Die Bemühungen des Reiches, durch eine Exportversicherung die Reparationsbilanz günstiger zu gestalten, zeigten, daß Deutschland unter allen Umständen die Erfüllbarkeit durchsetzen wolle.

*

Im Dänischen Folkething wurde in namentlicher Abstimmung die Abrüstungsvorlage mit 75 gegen 71 Stimmen angenommen. Für die Vorlage stimmten die Sozialdemokraten und die radikale Linke, dagegen die Konservativen und die Linke.

Auf dem toten Punkte . . .

Die Lage in deutscher Auffassung.

Ueber die Auffassung der deutschen Delegation zur Lage am Abend des 12. März erfährt der WTB.-Berichterstatter folgendes:

Es wird in erster Linie auf den deutscherseits schon am ersten Sonntag gemachten Vorschlag hingewiesen, zur sachgemäßen Klarstellung der Frage der ständigen Ratssitze eine Kommission einzusetzen, die rechtzeitig vor der Septembertagung des Völkerbundes Bericht zu erstatten habe. Hinsichtlich der übrigen mit den Vertretern der Signatare des Rheinpaktes erörterten Anregungen hat eine sorgfältige Prüfung durch die deutschen Delegierten keine Lösungsmöglichkeit auf solcher Grundlage ergeben.

Es ist für Deutschland bei allem Bestreben, den Schwierigkeiten der Gesamtsituation Rechnung zu tragen und durch einen beschleunigten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dem Werke von Locarno die endgültige Verwirklichung zu verschaffen, unmöglich, von dem fundamentalen Grundsatze abzuweichen, daß es sich vor dem Eintritt in den Völkerbund einer Bindung hinsichtlich seiner künftigen Politik im Völkerbund insbesondere der Stellungnahme zu den Bestrebungen einzelner Mitglieder enthält. Dies ist Chamberlain mitgeteilt und darauf hingewiesen worden, daß der deutsche Vorschlag auf Bildung einer vorbereitenden Kommission inzwischen von der Delegation in seinen Einzelheiten weiter ausgearbeitet worden sei.

Der vergebliche Kompromißvorschlag.

Genf, 12. März. Wie die Schweizerische Depeschenagentur meldet, erklärte Ministerpräsident Briand nach Schluß der Konferenz der Rheinpaktmächte von heute mittag, daß eine Lösung der schwebenden Fragen sich in folgender Richtung bewege: 1. Sofortige Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland. 2. Verschiedene Behandlung der Frage der übrigen ständigen Ratssitze auf die Septembertagung unter dem Vorbehalt der Bildung eines Ausschusses zur Ausarbeitung der hierüber eingereichten Berichte und Anträge. 3. Sofortige Zuteilung eines nichtständigen Ratssitzes an Polen. Die letztere Zuteilung würde nach Aufnahme Deutschlands in den Rat durch die Völkerbundsversammlung zu erfolgen haben, jetzt also die Zustimmung Deutschlands voraus, da in diesem Falle im Rate Einstimmigkeit herrschen müßte. Wie weiter verlautet, hat sich die Opposition Brasiliens und Spaniens gemildert, da in diesem Falle eine Verschiebung auf September möglich erscheine. Man hofft in alliierten Kreisen, daß Schweden, dessen Opposition sich hauptsächlich gegen die Verteilung neuer Ratssitze richtete, sich ebenfalls nachgiebig zeigen werde, vorausgesetzt, daß auch Deutschland ein Entgegenkommen nicht ablehnt. Die deutschen Vertreter haben sich in der Vormittagssitzung der Rheinpaktmächte Bedenzeit bis zum Abend ausgebeten.

Nach 7 Uhr abends begab sich Dr. Luther zu Chamberlain und überbrachte die deutsche Antwort. Chamberlain eilte sofort zu Briand. Wie aus Kreisen der deutschen Delegation verlautet, könne Deutschland der vorgeschlagenen Lösung nicht zustimmen.

Schweden über Polens Anspruch.

Paris, 12. März. Wie der Havasvertreter aus Genf berichtet, bestätigt man, daß die schwedische Delegation, die bedauere, daß ihre oppositionelle Haltung als deutschfreundlich ausgelegt werde, sich bereiterklärt habe, eine feierliche Erklärung abzugeben, des Inhaltes, daß Schweden im September zugunsten der Zuteilung eines nichtständigen Sitzes an Polen stimmen werde.

Kein Nachgeben in der Grundfrage.

Genf, 12. März. Heute vormittag sind in den Kreisen der auswärtigen Journalisten Gerüchte im Umlauf, wonach die deutsche Delegation im Begriff stehe, einen Kompromißvorschlag anzunehmen, der ein Verlassen des bisherigen Standpunktes darstellt.

Wie der Sonderberichterstatter des WTB. hierzu erfährt, sind derartige Behauptungen unzutreffend. Im Laufe der heutigen Vormittagsbesprechungen der Rheinpaktmächte sind von verschiedenen Seiten Vorschläge unterbreitet worden, die einer Ueberbrückung der gegenwärtigen Schwierigkeiten dienen sollen. Sie werden von der deutschen Delegation eingehend und ohne Voreingenommenheit geprüft. Indes dürfte schon feststehen, daß der grundsätzliche Standpunkt, der davon ausgeht, daß die deutsche Delegation eine Festlegung im voraus zugunsten irgend eines Anspruchs irgendeiner Macht ablehnen muß, nicht verlassen werden wird. Es handelt sich hier um die Wahrung eines entscheidenden Prinzips und nicht um die Vertretung bestimmter praktischer Interessen, wie sie sich aus der gesamtpolitischen Lage für Deutschland ergeben konnten. Ebensowenig spielt dabei eine Rolle die Frage eines größeren oder geringeren Entgegenkommens gegenüber Polen, für das neuerdings mit besonderer Betonung ein nichtständiger Ratssitz verlangt wird. Entscheidend ist und bleibt lediglich der von Anfang an und in einer ganzen Reihe von Auslassungen hinreichend gekennzeichnete und infolge seiner Logik bindende Grundsatz.

Die Sitzung der Rheinpaktteilnehmer ergebnislos.

Genf, 12. März. Die Sitzung der Rheinpaktteilnehmer wurde um 1 Uhr 30 Min. nachmittags geschlossen. Wie der Sonderberichterstatter des W. T. B. erfährt, hat sie ein Ergebnis, daß zu irgendeiner Veränderung des deutschen Standpunktes geführt hätte, nicht gehabt. Es wurden verschiedene Lösungsversuche vorgeschlagen, die die einzelnen Delegationen zum Gegenstand von Erwägungen zu machen wünschen. Ein Zeitpunkt für die nächste Sitzung ist nicht vereinbart worden.

Weitere Besprechungen nutzlos . .

Chamberlains Standpunkt.

London, 13. März. **Reuter meldet aus Genf: In einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuterschen Bureaus erklärte Chamberlain, er habe den Eindruck, daß die Ablehnung der letzten Vorschläge durch den Reichskanzler Dr. Luther alle Bemühungen zur Fortsetzung der Besprechungen nutzlos mache.**

Die Dominions gegen die Ratserweiterung

Genf, 12. März. An Stelle einer ursprünglich vorgesehenen nichtoffiziellen Ratsbesprechung haben heute nachmittag die einzelnen Delegationen unter sich die heute vormittag bei der Besprechung der Rheinpaktmächte vorgebrachten Lösungsversuche beraten. Viel beachtet wird u. a. eine Besprechung zwischen dem englischen Außenminister und den hiesigen Vertretern der Dominions, die dabei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer Ratserweiterung treugeblieben sein sollen.

„Journal de Geneve" verzeichnet ein Gerücht, wonach bei einigen Delegationen der Gedanke erwogen werde, die Frage angesichts der Ohnmacht des Rates direkt vor die Versammlung zu bringen. Zunächst geht die Tätigkeit dieser Delegationen noch dahin, die Möglichkeit, daß die Mehrheit der Versammlung sich gegen die Schaffung von neuen ständigen Ratssitzen aussprechen werden, als sicher hinzustellen. In diesem Falle würde, so fügt das Blatt hinzu, die Frage vor dem Rat hinfällig werden.

Frankreich ändert seine Orientpolitik.

Paris, 12. März. Eine sensationelle Meldung enthält das heutige „Journal", die wahrscheinlich mit den Vorgängen in Genf in Zusammenhang zu bringen ist. Der französische Botschafter in Konstantinopel, Albert Sarraut, reiste gestern nach Angora. Das „Journal" erklärt, daß der mit der Souveränität abgeschlossene französische Vertrag abgeändert werden solle, und zwar in allen Punkten, gegen die England Einspruch erhoben hatte. Frankreich gibt also nach und wird sicherlich wissen, warum es das tut. Der erste Punkt, der abgeändert werden soll, bezieht sich auf die Zusicherung gegenseitigen Vertrauens zwischen Frankreich und der Türkei. Frankreich erklärt jetzt, daß diese Neutralitätsversicherung nicht mit den Bestimmungen der Völkerbundsakte in Widerspruch stehen dürfe. Würde wegen Mossul ein Konflikt ausbrechen, so könnte Frankreich nicht neutral bleiben. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Truppentransporte auf der Bagdadbahn. Diese dürfen, wie Frankreich jetzt will, nicht einmal unverhüllt den Eindruck erwecken, als ob ein Angriff vorbereitet werden solle. Der schwierigste Punkt bezieht sich aber auf die Schiedsgerichte, die in dem Vertrag eine große Rolle spielen. Nur sollen Souveränitätsfragen von dem Schiedsspruche ausgenommen werden. Alle Grenzfragen sind aber Souveränitätsfragen.

In Paris Kammersitzung erst Donnerstag

Paris, 12. März. Da ohne Zweifel Ministerpräsident Briand vor Dienstag nicht von Genf zurückkehren wird, ist die für den gleichen Tag angesetzte Kammersitzung verschoben worden, so daß also frühestens am kommenden Donnerstag das neugewählte Ministerium sein Regierungsprogramm im Parlament entwickeln wird.

Großdeutsche Tagung in Wien.

Brief 1.

Wien, 10. März 1926.

An 500 Verbindungsstudenten auf nächtlicher Fahrt im Sonderzug nach Wien zur Großdeutschen Tagung: da kann man sich denken, daß es ein fröhliches Hallo von bunten Mützen und von frischer Jugend war und im Zuge ein eifriges Durcheinander aller deutschen Dialekte und großes Rauchen und Skaten, an den Stationen ein Rufen nach Bier und viel Gelaufe.

Vor Passau dann lauter Jubel über die „blaue Donau", die von Schneeschmelze und Regengüssen hellgelb war. Zoll- und Paßkontrolle an der Grenze beschränkte sich auf den ersten, echt österreichisch freundlichen Gruß. Dann ging die Fahrt in das trotz trüben Winterwetters fröhliche Alonais-Land hinein, das immer von neuem durch seine Lieblichkeit und Anmut den herben, harten Charakter unseres nördlicheren Heimatlandes empfinden läßt.

Dann Wien und großer Empfang durch die studentischen Korporationen am Bahnhof. Auf der Ausgangstreppe frohe Begrüßungsworte und Studentenlieder von Jugend und Heimattreue. Dann allgemeine Verbrüderung in die Quartiere.

*

Seltsamer Eindruck, dieses Wien der Nachkriegszeit: wie ein Rock, der auf Zuwachs berechnet ist oder durch Einschrumpfen seines Trägers zu weit geworden ist. Diese Riesenausdehnung, die lichten, breiten Straßen und Plätze, die unzähligen stattlichen Gebäude stehen in seltsamem Gegensatz zu dem kärglichen Verkehr. Man merkt bei jedem Schritt, daß Wien heranwuchs als Hauptstadt eines 52 Millionenreiches und heute nur noch ein Land von insgesamt 6 Millionen Bewohnern regiert, von denen ein Drittel in Wien wohnt.

Der etwas bedrückende Eindruck der Leere wird verstärkt durch den Zustand der Häuser: in dem sozialistisch regierten Wien sind die Mieten derart niedrig (eine 3—4-Zimmerwohnung zirka 30 M. im Jahr!) daß Steuern und Reparaturen das Vielfache des Mietsertrages kosten, die Häuser infolgedessen völlig verwahrlosen und die Wohnungsnot mangels Neubaues selbst für deutsche Verhältnisse geradezu unwahrscheinlich groß ist. Auch die Verkehrsmittel, insbesondere die Autodroschken, passen ganz in den Rahmen allgemeiner Dürftigkeit.

Aber eines scheint trotz allem unverwüstlich zu sein: die Fröhlichkeit der Wiener und die zierlich-heitere Anmut der Wienerinnen. Fünf Minuten Spaziergang durch eine der Hauptstraßen beweisen, daß die „Wiener Madeln" noch immer ihren Weltruf verdienen. Sie führen in Erscheinung und Wesen die Tradition der fröhlichen — lichte Spät-Barockzeit fort, in der Wien seine charakteristische Lebensform gefunden zu haben scheint. „Sansoucie": frei von Sorgen ist trotz aller Not das eigentliche Lebenselement der Wiener Bevölkerung und paßt besser hierher als in die Nachbarschaft des preußisch-herben ewig hastenden Berlin.

*

Am Abend Begrüßungsabend in der prächtigen Universität. Kaum die Hälfte der buntbemützten Studenten fand Platz in dem Saal, waren doch allein aus dem Reich über 1000 Gäste erschienen, trotzdem man aus Quartiermangel schon mehr als die Hälfte der Reisebereiten von der Fahrt hatte ausschließen müssen.

Ein Gaudeamus igitur leitete die Tagung ein und mehr vielleicht als alles andere führte dieser altlateinische Studentensang zum Bewußtsein, daß deutsche Geisteskultur hier in Wien eine Daheimart hat gemäß wie am Rhein, im Thüringer- und Bayernland. Nie habe ich diesen Sang so als urdeutsch empfunden, wie hier im „fremden" und doch urdeutschen Land. Dann sprach der Rektor der Universität, Prof. Dr. Luick, zugleich im Namen der fast vollzählig erschienenen Rektoren der übrigen österreichischen Hochschulen die Begrüßungsworte, aus denen immer wieder, eindrucksvoll und erschütternd, die tiefe Sehnsucht sprach „Oesterreich will heim zum Reich!"

Direktor Barta begrüßte die Gäste „im Namen des deutschen Wien" und wies darauf hin, daß auch das heutige Wien trotz mancher äußeren Ueberfremdung noch genau so deutsch wie nur je ist. Die 4 Prozent Fremdsprachigen und die 10 Prozent Fremdstämmigen können den deutschen Charakter Wiens nicht verwandeln. Mutig und stolz sprach er den Treuschwur zum Deutschtum aus. Seine Ausführungen ergänzte Prof. Dr. von Voltelini durch einen Vortrag über die Geschichte Wiens, der an der Fülle der Einzelheiten nachwies, daß Wien — schon im frühen Mittelalter die größte deutsche Stadt selbst vor dem soeben befreiten Köln, und die Stadt der zweitältesten deutschen Universität — in Volkstum und Kultur immer deutsch und Vorkämpfer des Deutschtums gegen den Osten (Oesterreich d. h. das Ostreich, die Ostmark) gewesen ist. So soll es auch bleiben trotz aller äußeren Mächte, und wenn der Anschluß ans Reich heute noch unmöglich ist so soll doch der geistige Anschluß fortbestehen und durch die Großdeutsche Tagung vertieft und gefördert werden.

Als Leiter der Mittelstelle für deutsche Grenzlandsarbeit sprach dann Friedrich Heiß die tiefe Sehnsucht nach Großdeutschland, dem „dritten Reich" der deutschen Nation aus, das allen Gut

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260314014/fragment/page=0001

wurden zum Trotz eines Tages auf dem Raum ersehen wird, den das Deutschlandlied eingrenzt. Mit diesem Lied, mit dem brausenden „Deutschland, Deutschland über alles, von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ und einem Studentenlied schloß der erste Abend der Tagung.

Dr. H. Elze.

Ein verödeter Reichstag.

Wünsche zum Etat des Innenministers.

Berlin, 12. März. In der heutigen Reichstagssitzung kam nach Beendigung der allgemeinen Aussprache das von den Deutschnationalen gegen den Reichsinnenminister Dr. Külz eingebrachte Mißtrauensvotum noch nicht zur Abstimmung. Es war nämlich namentliche Abstimmung beantragt worden und solche Abstimmungen werden nach altem Brauch nur bei einigermaßen gut besetztem Hause vorgenommen.

Das konnte man von der heutigen Sitzung beim besten Willen nicht behaupten. Viele Abgeordnete waren mit Rücksicht auf die bevorstehenden drei sitzungsfreien Tage schon bald nach Sitzungsbeginn in die Heimat gereist, und so wurde der völkische Antrag auf sofortige Abstimmung abgelehnt, und dem Vorschlag des Präsidenten Löbe gemäß die Abstimmung bis zum Abschluß der Beratung des Innenetats, also bis zur nächsten Woche, zurückgestellt.

In der Einzelberatung wurden mit Rücksicht darauf, daß das Reich Zuschüsse an die Länder für die Schutzpolizei leistet — eine eigene Reichskriminalpolizei haben wir noch nicht —, viele Wünsche und Beschwerden in bezug auf das Polizeiwesen vorgebracht. Alle Redner verlangten Entpolitisierung der Polizei; die Redner von rechts klagten über politische Linkseinstellung, die von links über politische Rechtseinstellung. Von den Sozialdemokraten und Kommunisten wurde die Aufhebung der Technischen Nothilfe beantragt, der demokratische Redner sprach sich für ihren planmäßigen Abbau aus.

Der Reichsinnenminister Dr. Külz erklärte, der Zeitpunkt für die Aufhebung der

Technischen Nothilfe

sei noch nicht gekommen, ihr Personal sei aber jetzt schon um 50 Prozent abgebaut und der Abbau werde fortgesetzt werden, bis die Konsolidierung der Verhältnisse die vollständige Aufhebung dieser Notstandseinrichtung möglich mache. Der Minister teilte mit, daß mit den Ländern eine Neuregelung der Anstellungsverhältnisse der Schutzpolizei vereinbart werde. Die unterschiedliche Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in den verschiedenen Ländern habe zu berechtigten Beschwerden geführt. Darum werde demnächst dem Reichstag eine Vorlage zur Vereinheitlichung zugehen.

Die Weiterberatung des Haushalts des Innenministeriums wurde dann unterbrochen, um zunächst den Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds zu erledigen. Hierzu sprach als erster Redner aus dem Hause der Sozialdemokrat Roßmann, der auf die erschreckende Höhe von

2,8 Milliarden an Pensionslasten

des Reiches hinwies. Er kritisierte besonders die Höhe der Offizierpensionen, die in keinem Verhältnis zu den kümmerlichen Renten der Kriegsbeschädigten stehen. Die Sozialdemokraten würden evtl. ein Pensionsfürsorgegesetz neu einbringen, um bei den Pensionsempfängern, die hohe Privateinkünfte haben, Kürzungen zu ermöglichen.

Die Abgg. Lawerenz (Dnat.) und Brüninghaus (D. Vpt.) betonten demgegenüber

die Offizierspensionen machten nur einen kleinen Bruchteil des Gesamtfonds aus und ihre Kürzung sei nicht möglich, weil damit wohlerworbene Rechte verletzt würden.

Diesen Standpunkt vertrat auch der Abg. Lucke von der Wirtschaftspartei, während der kommunistische Abg. Tiedt die Pensionskürzungen forderte.

Als nächster Redner stand auf der Liste Abg. Loibl von der Bayerischen Volkspartei. Er hatte aber, wie Präsident Löbe erklärte, schon abreisen müssen, und so blieb auch dieser Etat unerledigt und in der nächsten Sitzung am Mittwoch nächster Woche wird die abgebrochene Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums wieder fortgesetzt.

Bei den letzten Reden der heutigen Sitzung sah man kaum 10 Abgeordnete im Sitzungssaale.

Der Landwirtschaftsminister über Ernährungsfragen.

Reichshilfe für die Landwirtschaft.

Der Haushaltausschuß des Reichstages setzte am Freitag die Etatberatung beim Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort.

Reichsminister Dr. Haslinde wies darauf hin, daß sein Ressort sich gerade im gegenwärtigen Moment vor besonders dringende und verantwortungsvolle Aufgaben gestellt sehe. Die deutsche Gesamtwirtschaft könne ohne die Wiedereinstellung der Produktionsgrundlagen der heimischen Landwirtschaft und deren Rentabilität nicht wieder vorwärtskommen. Die Maßnahmen, die nun die Reichsregierung ergriffen habe und weiter durchzuführen gedenke, bewegten sich nach drei Richtungen. Die Hilfe müsse einsetzen:

1. von der Kreditseite,
2. von der Absatz- und Rentabilitätsseite, und
3. durch einzelne Hilfs- und Förderungsmaßnahmen.

Zur Ernährungsfrage stellte Dr. Haslinde fest, daß infolge der erhöhten Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebsführung, insbesondere einer verstärkten Anwendung von Kunstdünger und der sehr günstigen Witterung die Ernteergebnisse des Jahres 1925 im allgemeinen gut, für Brotgetreide als vorzüglich zu bezeichnen seien.

Die Brotgetreideernte habe nach den jetzt vorliegenden Zahlen nahezu 11½ Millionen Tonnen, gegenüber 8,3 Millionen Tonnen im Jahre 1924 betragen. Auch die Kartoffelernte habe mit 41,7 Millionen Tonnen die des Vorjahres um rund 5 Millionen Tonnen übertroffen.

Bei den vielumstrittenen Fleischpreisen habe sich die Spanne zwischen Vieh- und Ladenpreisen nicht unerheblich verringert, doch müsse unbedingt auf eine weitere Senkung hingewirkt werden. Erfreulich sei allerdings die Feststellung, daß trotz der immer noch verhältnismäßig hohen Fleischpreise, der Fleischverbrauch der Bevölkerung, der im Jahre 1924 gleich 41,3 Kilogramm pro Kopf betragen habe, sich im Jahre 1925 auf 46,4 Klg. (davon 40 Klg. aus heimischer Erzeugung), das ist auf 88,4 Prozent der Menge von 1913, gehoben habe. Der Brotverbrauch dagegen sei gegen früher noch immer erheblich im Rückstande, ebenso der Verbrauch an Frischmilch. Eine großzügige Propaganda zur Hebung des Milchverbrauches sei gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Gründen stehe bevor.

Nach weiterer Aussprache vertagte sich der Ausschuß auf Sonnabend.

Zunehmende Bevölkerungsdichte in Deutschland.

Nach der Volkszählung von 1910 kamen in Deutschland auf 1 Quadratkilometer Fläche 123 Einwohner. Die letzte Volkszählung vom Jahre 1925 ergab in dem verkleinerten und wichtiger Rohstoffgebiete beraubten Reiche eine Zunahme der Bevölkerungsdichte um 10 Einwohner je Quadratkilometer, gegenüber dem Vorkriegsstande; sie betrug 133 Einwohner auf 1 Quadratkilometer.

Die dichteste Bevölkerung wies im vorigen Jahre, abgesehen von den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck, der Freistaat Sachsen mit 332 Einwohnern je Quadratkilometer auf, also ganz wesentlich über dem Reichsdurchschnitt von 133 stehend. Nach Sachsen folgen Hessen mit 177, Baden mit 154, Anhalt mit 155, Schaumburg-Lippe mit 143, Thüringen mit 130, Braunschweig mit 138 und Lippe mit 137 Einwohnern je Quadratkilometer.

Die Bevölkerungsdichte des Freistaates Württemberg entspricht genau dem Reichsdurchschnitt von 133. Dagegen liegt Preußen mit 130 Einwohnern auf 1 Quadratkilometer Fläche schon unter dem Reichsdurchschnitt. Auch Bayern bleibt mit 97, Oldenburg mit 86, Waldeck und Mecklenburg-Strelitz mit 56 und Mecklenburg-Schwerin mit 52 Einwohnern auf 1 Quadratkilometer ganz erheblich hinter dem Reichsdurchschnitt.

In Preußen selbst liegen die Rheinprovinz mit 295, Westfalen mit 203, Hessen-Nassau mit 153 und Oberschlesien mit 141 Einwohnern je Quadratkilometer über dem Reichsdurchschnitt und zugleich über dem Durchschnitt des Freistaates Preußen. Eine sehr niedrige Bevölkerungsdichte in Preußen haben u. a. die Provinz Schleswig-Holstein mit 102, Brandenburg (ohne Stadt Berlin) mit 67, Pommern mit 63, Ostpreußen mit 59 und die Grenzmark Posen-Westpreußen sogar nur mit 43 Einwohnern auf 1 Quadratkilometer aufzuweisen.

Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen, wie notwendig eine Entlastung der übervölkerten Teile Deutschlands durch eine großzügige Kolonisation des deutschen Ostens ist. Hier gibt es Gebiete, die geringere Bevölkerungsdichten aufweisen als selbst die Durchschnittszahlen in dem weiten, verhältnismäßig gering bevölkerten Rußland.

Die Rassen gegen die Trockenen.

Das Ergebnis einer amerikanischen Probeabstimmung.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat eine außerordentlich starke Propaganda gegen die Prohibition eingesetzt, die zeigt, daß die große Masse des amerikanischen Volkes gegen das Alkoholverbot ist. Drei Neuyorker Zeitungen haben mit Unterstützung von rund 500 Zeitungen eine Probeabstimmung veranlaßt, bei der sich herausstellte, daß die Mehrzahl der Befragten für völlige Abschaffung des Alkoholgesetzes oder zum mindesten für die Wiedereinführung von Wein und Bier ist. Es sind auch alle Anzeichen dafür vorhanden, daß Anhänger der „Rassen“ unter den höchsten Regierungsbeamten vorhanden sind. Den „Trockenen“ ist der Schrecken in die Glieder gefahren und sie versuchen nun mit aller Macht das Prohibitionsgesetz zu halten. Sie haben bereits eine Aufforderung an Präsident Coolidge gerichtet, eine Konferenz zum Zwecke scharfer Durchführung des Volksteadgesetzes einzuberufen.

Im Senat errangen die „Nassen“ ebenfalls einen Erfolg dadurch, daß der Rechtsausschuß des Senats eine Reihe von Antiprohibitionsgesetzen zur Beratung an den Unterausschuß verwies und zugleich versprach, daß er für den Gegenstand später beraten würde. Zu gleicher Zeit wurden auch im Repräsentantenhaus Anträge in Gesetzesform auf Abänderung des bestehenden Prohibitionsgesetzes eingereicht.

Die Zeitungen berichtet täglich in großer Aufmachung über Zusammenstöße der „Nassen“ und „Trockenen“ im Kongreß und bringen lange Leitartikel über das Problem.

Korpulente altern schnell,

auch wirkt übermäßige Körperfülle unschön und ist ungesund. Wir raten Korpulenten und zum Starkwerden Veranlagten, die echten Tolnba-Kerne zu gebrauchen, die bei völliger Unschädlichkeit fettsetzend und anfatzverhindernd wirken. 60 Gramm Tolnba-Kerne die in den Apotheken zu haben sind, reichen für ca. 4 Wochen. Bestandteile auf der Packung.

Das französische Schulbuch von heute.

Erziehung zum Haß.

Es geht ein Ruf nach Völkerversöhnung und Frieden durch die Welt. Niemand wird ihm auch heute lieber folgen als das arme gequälte Deutschland, sofern nur Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit seine Voraussetzung sind. Gerade jetzt, beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, ist es wohl an der Zeit, Umschau zu halten nach den Hauptgegenspielern des Versöhnungswillens. Wie Frankreich in den ganzen Jahren seit 1918 allen seinen schönen Worten stets schlimme Taten entgegengesetzt hat, wissen wohl die meisten Deutschen, und verspüren noch heute so viele Deutsche am eigenen Leibe. Aber so gut wie unbekannt ist die französische kulturelle Tätigkeit in Frankreich selbst, ist die Erziehung seiner Jungmannschaft, die darauf hinzielt, den Geist der Feindschaft von Jugend auf zu nähren und nicht mehr erlöschen zu lassen.

Soeben bringen die Süddeutschen Monatshefte in ihrem neuesten, mit Bildern versehenen Sonderheft eine Untersuchung über „Das französische Schulbuch von heute“, eine sachliche, ruhige Betrachtung der geistigen Nahrung, die drüben den heranwachsenden Geschlecht gereicht wird. Das Ergebnis ist erschreckend, ein Hohn auf jedes französische Wort von Versöhnung und ewigem Frieden. Ausgehend von dem pädagogischen Zweck jedes Schulbuchs, mit dem die Pflege eines würdigen, eigenen nationalen Bewußtseins und der menschlichen Achtung des fremden ohne weiteres Hand in Hand geht, kann nur etwa ein Drittel der untersuchten Schul- und Kinderbücher als einwandfrei bezeichnet werden; es sind dies zumeist Lehrbücher des Deutschen für Elsaß-Lothringen und deutsche Grammatiken für das übrige Frankreich.

Drei Hauptbeweismittel finden sich in fast allen Büchern auch in denen für ganz kleine Kinder: Deutschlands alleinige Schuld am Kriege, Deutschlands Kriegsverbrechen, Deutschlands ewige Haß- und Fluchwürdigkeit. Deutschlands Schuld am Kriege wird in den Lehrbüchern für Mittelschulen mit „philosophischer“ Begründung als das Ergebnis einer deutschen Staats- und Kriegsphilosophie erklärt, an der vor allem Nietzsche mit seinem „Willen zur Macht“ seinen Anteil habe! In den unteren Klassen begnügt man sich mit der hartnäckigen Feststellung „Deutschland hat den Krieg gewollt“, welcher Satz fast in jedem Buche eine Kapitelüberschrift bildet. Wilhelm II. wird natürlich auch heute noch als Kriegsfreund hingestellt, daneben wird aber seit 1919 in steigendem Maße betont, daß das deutsche Volk „freilich selbst den Krieg leidenschaftlich verwünschte“. „Weil sie eben, ganz wie ihr verfluchter Kaiser, recht schlechte Menschen geworden waren.“ Der Veranschaulichung der Minderwertigkeit der deutschen Rasse dient sogar ein ganzes Kinderlesebuch von Sonolet, „Der große Kampf zwischen Jacques, dem Franzosen, und Fritz, dem Bosch“. Am wildesten tobt sich die Verhetzung der Jugend gegen Deutschland aus in der Wiedergabe der erlogenen deutschen Kriegsverbrechen. Alle die Greuel der Kriegspropaganda hat die Schulliteratur in ihrer ganzen Volksfindigkeit und gefährlichen Gemeinheit übernommen. Daß der Kinderverse solcherlei in Wort und Bild geboten wird, spottet jedem Erziehungsgrundsatz und jedem sittlichen Gefühl. Als Verfasser solcher Artikel zeichnen sogar Mitglieder der französischen Akademie. Die Deutschen werden als Mörder von Frauen, Greisen und Kindern, als Räuber und Kirchenschänder vorgeführt. Die kriegsgerichtliche Erschießung der englischen Spionin Cavell ist zu widerlichstem Anschauungsunterricht verwendet. Die braunen Schwarzen Franzosen werden verherrlicht. Der Zweck dieser ganzen Haßpropaganda gegen Deutschland ist nicht etwa der Versuch einer Rechtfertigung des Versailler Diktats, oder all der Bedrückungen der Deutschen im besetzten Gebiet seit nunmehr acht Jahren, nein, der Zweck ist die Verewigung des Deutschenhasses und des Rachegedankens. Es ist eine systematische Erziehung zum unauslöschlichen Haß vom Kinderbilderbuch an durch alle Stufen des Schulunterrichts hindurch. Es gibt Lesebücher, die ganz offen und absichtlich den Leitspruch führen: „Ihr kleinen Franzosen, vergeßt nicht!“ Der Verfasser eines solchen Buches ruft in der Vorrede sogar seinem „lieben Schüler und Freunde“ die Worte zu: „Vergessen hieße Verrat!“ Die meisten der angeführten Bücher haben bekannte Schulmänner zu Verfassern und erscheinen in bedeutenden Pariser Verlagen in Auflagen von Zehn- und Hunderttausenden.

Hochschulnachrichten.

Der Marburger psychiatrische Lehrstuhl. Prof. Dr. med. Ernst Kretschmer in Tübingen hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl der Psychiatrie an der Universität Marburg als Nachfolger von Prof. G. Stertz angenommen.

Der Giebener zoologische Lehrstuhl. Der a. o. Professor an der Universität Bonn Dr. Willy Schmidt hat den Ruf auf den Lehrstuhl der Zoologie und vergleichenden Anatomie an der Universität Gießen als Nachfolger von Prof. S. Becher angenommen und seine Ernennung zum ordentlichen Professor in Gießen vom 1. April 1926 erhalten.

Besuch der Universität Göttingen. Die Georg-August-Universität zu Göttingen weist im laufenden Wintersemester 2306 immatrikulierte Studierende, davon 188 Frauen, auf. Die einzelnen Fakultäten zählen: theologische Fakultät 124 (4), rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät 835 (18); medizinische Fakultät 236 (14); philosophische Fakultät 342 (84) und mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät 781 (68). Zu den 2308 immatrik. Studierenden kommen 80 Hörer und 41 Hörerinnen. Mithin beträgt der Gesamtbesuch 2429.

Leipzig. Die Studienräte Frey und Stiehler an der Deutschen Oberschule für Mädchen in Leipzig. Fest an der Oberrealschule im Norden in Leipzig und Dr. Köhler an der Deutschen Oberschule in Auerbach sind als Studienräte an das Pädagogische Institut in Leipzig berufen worden.

München. Ernannt wurde Prof. Dr. Ferdinand Sommer in Bonn vom 1. April 1926 an zum ordentlichen Professor für indogermanische Sprachwissenschaft an der Universität München als Nachfolger des verstorbenen Prof. G. Herbig.

Das Stadttheater zu Magdeburg begeht am 6. Mai d. J. die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens.

Berliner Schattenrisse.

Rittergüter im 5. Stock. — Romadenfahrt. — Der allmächtige Schaffner. — Die letzte Elektrische. — Teppichklopfen mit Musik. — Polonaisen der Ungeduld. — Rollbahnen.

Von den Fenstern des preußischen Landtagsgebäudes in der Prinz Albrecht-Straße aus erblickt man in einen Park, eingebettet in Grün, eine Ministervilla, die von der Straße aus nicht zu sehen ist; dem Glücklichen, dem es gestattet wird, in diesen parlamentarischen Gebäudekomplex einzudringen, eröffnen sich ungeahnte Möglichkeiten! Hat er mit dem Fahrstuhl den 4. Stock erreicht und klinkt eine nichtssagende Tür auf, so umschwemmt ihn ungeahntes Sonnenlicht, und herbe Frühlingsluft sinken auf ihn zu: er steht auf dem Dach des Parlamentsgebäudes, auf einer Hochebene im Weltstadtverkehr, die ausgedehnte Spaziergänge zuläßt. Hähne krähen auf den Mistableiern, Hühner legen Eier im Schatten einer Schornsteinmündung . . . hier oben breitet sich das Feierabendgebiet der Portiers und Hausinspektoren dieser offiziellen Stätten hoher Beratungen zum Wohle des Landes aus . Hier oben, hinter der steinernen Dachbrüstrade, bestehen kleine Rittergüter . . . hier wachsen Stachelbeeren, Tomaten, Bohnen, Kohlrabi usw., ja, sogar Ziegen sollen von besonders rührigen Leuten auf die Weide in dieser luftigen Höhe geführt werden. Diese zwanzig Meter über der Großstadt machen viel aus; man fühlt sich der Sonne näher, und der Blick der Beherrscher dieser luftigen Landentkolonien wird froh und beruhigt, wenn sie aus dem Grau des Alltags in ihre besonnte Welt emporsteigen.

Allmählich beginnt das Erwachen vom Winterschlaf, und damit auch der Zug der Nomaden, d. h. der naturliebenden Großstädter ins Freie, heraus aus dem Weichbild der rastlosen Stadt. Aus den langen Ketten der stinken, unermüdlichen Eisenbahnen ergießen sich jetzt die Scharen der Wanderer über die, noch kahlen Felder, aus denen der erste Duft keimenden Lebens emporsteigt. Aus den grauen Wäldern klingt der lockende Ruf der Buchfinken, hier reißt der Wind über die entlassenen Haselsen . . . noch schlummern die vielen weißen Segel, die Leben und Heiterkeit in diese düstere Landschaft bringen. Wundervoll hat Karl Stieler, der empfindsame Dichter, diese herbe Vorfrühlingsstimmung in Worte gekleidet:

„Es war ein grauer Tag im März,
doch nie hat mich getroffen
des Frühlings Pracht so tief ins Herz,
zieh hin und lerne hoffen!“

Ein Glück, daß der Berliner ein so leidenschaftlicher Naturfreund ist; er ginge sonst an dem vielen Aerger und an der ewigen Hetzerei zugrunde.

Was für eine Kernprobe sind schon die Elektrischen und Autobusse! Schimpfen und Krach ohne Anfang und Ende. „Bitte durch die Mitte treten! Wenn ich sage, es ist besetzt, dann ist es besetzt, und wenn noch ein Dutzend Leute hier Platz hätten!“ Wer nicht gehorcht, der wird durch Halten gezwungen, abzusteigen und ist obendrein noch der Blamierte!

Furchtbar sind die Nachtfahrten mit der Elektrischen. Wie ein grelles, lärmendes Gespenst jagt die Bahn durch die Oede der schlafenden Straßen, und heftiger zwischen den Haltestellen ihre Geschwindigkeit zum äußersten. Ein unsäglich einförmiges Brausen, das sonst der Tageslärm verschlingt, begleitet ihre einsame Fahrt, nur unterbrochen durch das schrille Pfeifen, das die Haltestellen ankündigt. Apathisch machen die Insassen alle Bewegungen mit; ihre Gehirne sind ebenso leer wie die ausgestorbenen Straßen . Kalt, endlos und windig, wie diese Fahrt mit verschlafenen, ermatteten Menschen — so ist das Leben . . .

Die weise Polizeivorschrift, daß das Teppichklopfen nur am Freitag und Sonnabend zu bestimmten Zeiten geschehen darf, wird nur in den seltensten Fällen berücksichtigt. Schon frühmorgens, beim ersten Hahnenschrei, jault die Klopfperpetsche durch die Luft und schreckt den freundlichen Morpheus von der Schwelle des Hauses. Schlafsgeplagten verzichtet man auf den Schlaf, der einem eigentlich laut Polizeiverfügung garantiert ist. Der einzige, der das richtige Gegenmittel besitzt, ist der Grammophonbesitzer, und wenn er Humor hat, so läßt er seine verschiedenen Platten schnurren. Was aus den andern wird, ist ihm gleichgültig. Er hat so oft gehört „das hat die Welt noch nicht gesehn“, daß es ihm das beste Schlafmittel geworden ist.

Eine andere Kunst, in welcher sich der Großstädter täglich üben muß, ist die Kunst des Wartens an den Postschaltern, den Paßstellen, den Finanzämtern. Macht sich das leiseste Zeichen der Ungeduld bemerkbar, so geht gleich das Geschimpfe los: „Was heißt das: Zeit?? Kommen Sie zu mir oder ich zu Ihnen? Nehme ich Ihre Zeit in Anspruch, oder Sie die meine?!“ Am traurigsten ist der Anblick der gepeinigten Menschheit bei den Krankenkassen; während hinter den Schalterfenstern behördliche Federn geruhsam ihre Bahnen ziehen, warten bleichsüchtige Angestellte, Greisinnen am Stock, Patientinnen mit einer dicken Zahngeschwulst, junge Frauen in gesegneten Umständen ergebungsvoll auf ihre Nummer. Verzweifelte Bitten um Beschleunigung der Angelegenheiten werden mit Achselzucken beantwortet: „Bedaure, ich bin hier nicht Mensch, sondern Beamter.“ Man sollte vor den Augen jedes dieser Mächtigen in großen Lettern ein Schild anbringen mit den Worten: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“

„Wozu soll man dem Fahrgast das Leben so leicht machen?“ so denken Hochbahn und Stadtbahn, „er ist ja doch auf uns angewiesen“. Der Reisende, welcher vom Hochbahnhof Hallesches Tor auf die Südbahn umsteigen will, muß nicht weniger als hundert Stufen hinaufsteigen. Dieser Treppenweg entspricht dem Erklimmen des sechsten Stockwerks eines Hauses . . .

Welch eine Erlösung wäre da die Rolltreppe, wie sie schon seit einiger Zeit bei Tietz in der Leipziger Straße besteht? Ein Lichtblick ist wenigstens das „Projekt“ einer solchen Treppe bei der Anlage des neuen Hochbahnhofes Hermannplatz. Der geplante „Großberliner Zukunftsverkehr unter der Erde“, der eine Fülle von Zwischenbahnhöfen und einen dreigeschossigen Untergrundbahnhof am Alexanderplatz, den größten der Zukunft, bringt, wird hoffentlich auch dem Fahrgast einige Erleichterungen schaffen und damit die vielen ungelösten Spannungen des Großstadtlebens wenigstens um eine vermindern!

A. v. Cochem.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260314010/fragment/page=0002